



BUNDESGERICHTSHOF

BESCHLUSS

4 StR 637/09

vom
1. April 2010
in der Strafsache
gegen

wegen Betruges

Der 4. Strafsenat des Bundesgerichtshofs hat auf Antrag des Generalbundesanwalts und nach Anhörung des Beschwerdeführers am 1. April 2010 gemäß §§ 44 ff., 349 Abs. 1 StPO beschlossen:

Der Antrag des Angeklagten auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand nach Versäumung der Frist zur Einlegung der Revision gegen das Urteil des Landgerichts Arnsberg vom 14. August 2009 und die Revision gegen das genannte Urteil werden verworfen.

Der Angeklagte hat die Kosten der Revision zu tragen.

Gründe:

- 1 Das Landgericht hat den Angeklagten wegen Betruges in sechs Fällen - unter Anrechnung von Auslieferungshaft - zu einer Gesamtfreiheitsstrafe von drei Jahren verurteilt. Der Antrag des Angeklagten auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand nach Versäumung der Revisionseinlegungsfrist und seine Revision bleiben ohne Erfolg.

- 2 1. Dem angefochtenen Urteil ging eine Verständigung voraus. Nach der Verkündung des Urteils am 14. August 2009 wurde der Angeklagte qualifiziert belehrt. Er verzichtete daraufhin auf Rechtsmittel. Mit einem auf den 1. Oktober 2009 datierten, am 7. Oktober 2010 beim Landgericht eingegangenen Schreiben legte der Angeklagte Revision ein und begehrte gleichzeitig unter Hinweis auf die Regelung in § 302 Abs. 1 Satz 2 StPO n.F. Wiedereinsetzung in den vorigen Stand. Mit Schreiben vom 6. Oktober und 9. Oktober 2009 legten auch seine Verteidiger Revision ein und beantragten Wiedereinsetzung in den vorigen Stand.

3 Das Wiedereinsetzungsgesuch wird im Wesentlichen damit begründet,
dass der Rechtsmittelverzicht gemäß § 302 Abs. 1 Satz 2 StPO n.F. unwirksam
gewesen sei. Hätte der Angeklagte dies gewusst, hätte er fristgerecht Revision
eingelegt.

4 2. Der Wiedereinsetzungsantrag bleibt ohne Erfolg.

5 a) Bedenken bestehen bereits gegen seine Zulässigkeit, weil die Be-
gründungsschreiben - wie der Generalbundesanwalt in seiner Antragschrift im
Einzelnen zutreffend ausgeführt hat - nicht mit der erforderlichen Deutlichkeit
den Zeitpunkt des Wegfalles des Hindernisses im Sinne des § 45 Abs. 1 Satz 1
StPO erkennen lassen (vgl. Senat, Beschluss vom 13. September 2005 - 4 StR
399/05, NStZ 2006, 54).

6 b) Der Antrag ist jedenfalls unbegründet.

7 Zwar ist es zutreffend, dass nach § 302 Abs. 1 Satz 2 StPO in der Fas-
sung des am 4. August 2009 in Kraft getretenen Gesetzes zur Regelung der
Verständigung im Strafverfahren vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2353) der in der
Hauptverhandlung vom 14. August 2009 nach Urteilsverkündung erklärte
Rechtsmittelverzicht nicht zulässig war. Dies hat zur Folge, dass der Rechtsmit-
telverzicht unwirksam ist, so dass dem Angeklagten die - hier erheblich über-
schrittene - einwöchige Frist zur Einlegung der Revision (§ 341 Abs. 1 StPO)
zur Verfügung gestanden hätte.

8 Der Angeklagte war jedoch nicht - wie in § 44 Satz 1 StPO gefordert -
ohne Verschulden gehindert, die Frist zur Einlegung der Revision zu wahren.
Denn die zu späte Kenntnisnahme des Angeklagten oder seines Verteidigers
von einer gesetzlichen Bestimmung stellt - ebenso wenig wie die Unkenntnis

höchstrichterlicher Rechtsprechung (vgl. BGH, Beschluss vom 20. September 2005 - 5 StR 354/05, wistra 2006, 28 m.w.N.) - keine Verhinderung im Sinne dieser Vorschrift dar.

9 Auch § 44 Satz 2 StPO vermag dem Wiedereinsetzungsgesuch nicht zum Erfolg zu verhelfen. Das Unterlassen einer Rechtsmittelbelehrung nach § 35 a Satz 1 StPO wird nicht geltend gemacht. Die qualifizierte Belehrung nach einer Verständigung (§ 35 a Satz 3 StPO) wird nicht von dem Vermutungstatbestand des § 44 Satz 2 StPO erfasst; im Übrigen wurde der Angeklagte entsprechend belehrt. Schließlich sieht das Gesetz eine Belehrung darüber, dass bei vorausgegangener Verständigung gemäß § 302 Abs. 1 Satz 2 StPO ein Rechtsmittelverzicht ausgeschlossen ist, nicht vor.

10 3. Danach ist die Revision unzulässig, weil verspätet eingelegt (§ 341 Abs. 1 StPO).

Tepperwien

Athing

Ernemann

Cierniak

Mutzbauer